



12

Fir eng zukunftsfaehg Landwirtschaftspolitik - Géint den Asaz vu Pestiziden

Der Verlust an Arten und Lebensräumen hat, auch in Luxemburg, dramatische AusmaÙe angenommen.

Diese Situation ist wesentlich auch auf die heutige landwirtschaftliche Praxis zurückzuführen.

Dabei ist nicht der einzelne Landwirt verantwortlich für die negativen Folgen, sondern eine fehlgeleitete Landwirtschaftspolitik. Spannend ist in dem Zusammenhang, dass das Arten- und das

Sterben der landwirtschaftlichen Betriebe parallel verläuft.

Deshalb ist das Engagement für eine Reform der Landwirtschaftspolitik von vorrangiger Bedeutung für die Biodiversität, den Menschen und auch den einzelnen Landwirt.

Gleiches gilt für den Einsatz der Pestiziden, der dringend reduziert werden müsste.

FÜR EINE NEUORIENTIERUNG DER HEUTIGEN LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

Zahlreiche Stellungnahmen und Projekte des Mouvement Ecologique bezogen sich 2023 auf die dringend gebotene Reform der Landwirtschaftspolitik, wie im folgenden Kapitel *"Kloer Regeln fir de Schutz vun Natur a Landschaft"* ersichtlich wird.

Sowohl bei den Gemeinde- als auch bei den Nationalwahlen, den Koalitionsverhandlungen, der Abstimmung im EU-Parlament zur "Nature Restoration law" u.a.m. bezog der Mouvement Ecologique immer wieder Stellung für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft, im Interesse der Landwirte aber auch dem Schutz der Allgemeingüter.

Dabei wurde, neben den generellen Zielen der Landwirtschaftspolitik, ebenfalls Stellung bezogen wie Kompensierungsmaßnahmen sinnvoller gehandhabt und Neubauten besser in der Grünzone geregelt werden könnten.

Nicht zuletzt wurde eine Studie des Oekozenten Pafendalls sowie der "Lëtzebuergger Landjugend a Jongbaueren" unterstützt, in welcher analysiert wurde, welche Probleme Landwirte derzeit in der Praxis im Umwelt- und Naturschutzbereich sehen und welche Verbesserungsmöglichkeiten getroffen werden könnten.

Gemeinsam mit Greenpeace Luxembourg, natur&emwelt, SOS Faim, der Vereenigung fir Biolandwirtschaft Lëtzebuerg und CELL wurde Stellung anlässlich des Agrarsommets zu Beginn des Jahres bezogen. Es wurde sich u.a. dafür eingesetzt, dass die Akteure der Zivilgesellschaft verstärkt in die Diskussionen einbezogen und die Agrarpolitik fundamental reformiert wird.

Ebenfalls gemeinsam Stellung bezogen wurde anlässlich des Votums des neuen Agrargesetzes am 13. Juli in der Abgeordnetenkammer. Dieses legt die Ausrichtung der luxemburgischen Landwirtschaft und die Beihilfen für die Bäuer:innen sowie für andere Lebensmittelproduzenten für die kommenden Jahre fest. Dabei äußerten die Organisationen große Zweifel daran, dass die Maßnahmen des neuen Agrargesetzes ausreichen werden, den Rückgang der Artenvielfalt, die schlechte Qualität der Oberflächengewässer, die Belastung der Grundwasserreserven usw. zu lösen. Es fehle, so die Organisationen, an einem übergeordneten Blick für die mittel- bis langfristige Vision unserer Landwirtschaft in der Gesellschaft, auch im Interesse der Landwirte.

Das Engagement für eine Reform der Landwirtschaftspolitik wird 2024 ungebremst weiter gehen.

STOP DEM ASAZ VU PESTIZIDEN

Seit September 2021 ist der Mouvement Ecologique Mitglied beim europäischen Ableger von «Pesticide Action Network» (PAN Europe). Dabei wurden mehrere Initiativen zum Verbot des Pestizideinsatzes unterstützt.

Im April entschied das Luxemburger Verwaltungsgericht die Entscheidung der Regierung Glyphosat zu verbieten, sei nicht zulässig. Der Mouvement Ecologique bedauerte, dass die Regierung nicht gegen das Urteil vorging. Dies u.a. mit folgender Argumentation: Bei der Lektüre des Urteils erkenne man, dass die Entscheidung des Gerichtes *"u.a. auch darauf beruht, dass das Landwirtschaftsministerium diese Entscheidung nicht ausreichend begründet hatte. (...) Die betroffene Firma jedoch scheint dieses Urteil bereits auf EU-Ebene für sich zu „vereinnahmen“ und so darstellen zu wollen, als hätten EU-Mitgliedsstaaten kein Recht auf eine fortschrittliche Politik betreffend das Verbot von Pestiziden.*

Der Mouvement Ecologique bedauert deshalb ausdrücklich, dass die Regierung nicht beschlossen hat, ihre Entscheidung mittels neuem Verbot zu bestätigen und u.a. die Argumentation auf bessere Füße zu setzen. Dies wäre prozedural sehr wohl möglich gewesen, wie der Mouvement Ecologique aus gut informierten Kreisen erfuhr. So wäre von Luxemburg ein besonders deutliches Signal ausgegangen."

Die verschiedenen Ministerien - Landwirtschaft, Gesundheit und Umwelt - wurden dann auch mehrfach auf neuere fachliche Studien hingewiesen, die hohe Pestizidbelastungen in Luxemburg nachwiesen. Immer wieder wurden sie vor ihre Verantwortung gestellt. Das Engagement wird 2024 weiter gehen.

MÉI TRANSPARENZ BEIM ASAZ VU PESTIZIDEN

Kontinuierlich bemüht sich der Mouvement Ecologique auch darum, dass endlich die Zahlen offen gelegt werden, wieviele und welche Pestizide in Luxemburg verkauft werden. Die Veröffentlichung dieser Daten, die eigentlich die Basis einer zielorientierten Landwirtschaftspolitik sein müsste, werden aber aufgrund von "Datenschutzgründen" nicht offen gelegt. 2024 wird deren Veröffentlichung ggf. juristisch seitens des Mouvement Ecologique eingeklagt.

